

**ANFRAGE** von André Müller (FDP, Uitikon), Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) und Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg)

Betreffend Unterstützung von Schutzverbänden, Fluglärmforen etc.

---

Der Flughafen Zürich ist zentral für den Wirtschaftsstandort Zürich. Daher muss er weiterhin wettbewerbsfähig operieren und seine Funktion als Hub wahrnehmen können. In dieser Frage sind sichere An- und Abflüge mit höchster Ausnutzung und annehmbarer Lärmbelastung unabdingbar. Die Pistenverlängerung ist daher zentral und wird vom Regierungsrat des Kantons Zürich explizit unterstützt. Ausserdem hat der Flughafen einen Bundesauftrag, der in einer Konzession geregelt ist, welche wir mit der entsprechenden Infrastruktur auszuführen haben. Die Frage der Transparenz in Bezug auf die Spendenpolitik der Flughafen Zürich AG ist zur Zeit Gegenstand medialer und politischer Diskussion. Im Sinne der Transparenz ist eine Offenlegung erhaltener Spenden, wie sie einige Parteien praktizieren, wünschenswert. Ebenso wünschenswert ist aber ebenfalls im Sinne der Transparenz eine Offenlegung erhaltener Zuwendungen von allen Akteuren um den Flughafen.

Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Vereinigungen, wie zum Beispiel Schutzverbände oder Fluglärmforen, die von öffentlichen Körperschaften, inklusive Gemeinden etc., unterstützt oder betrieben werden, haben sich in den letzten fünf Jahren kritisch zum Flughafen Zürich geäußert? Welche Vereinigungen lehnen die Pistenverlängerung ab?
2. Welche Personen führen diese Vereinigungen an (Vorstand, öffentliche Repräsentation etc) und wie sind diese allenfalls mit anderen Vereinigungen verbunden? Im Speziellen treten Personen, die im Dienste des Kantons Zürich stehen und diesem daher eine Treuepflicht schulden, öffentlich mit Positionen auf, die der Position des Kantons Zürich, vertreten durch den Regierungsrat, entgegenstehen?
3. Hat der Regierungsrat des Kantons Zürich Kenntnis über die Finanzierung dieser Vereinigungen? Kann er die grössten Unterstützer bezeichnen und prüft er die Auswirkungen dieser Vereinigungen auf die politischen Prozesse?
4. Kann der Regierungsrat Aussagen darüber machen, ob Steuergelder, in irgendeiner Form, welche nicht explizit vom Souverän gebilligt wurden, dafür eingesetzt wurden, um diese Positionen zu vertreten?
5. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, ob Gemeindebehörden durch Versammlungsbeschlüsse mandatiert sind, Positionen, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafen zuwiderlaufen, zu vertreten?
6. Gibt es politische Parteien und Gefässe, die diesen Vereinigungen nahestehen, die diese in einer Form finanziell oder logistisch unterstützen? Wie wird in Zukunft sichergestellt, dass diese Unterstützung auch im Rahmen der Transparenz aufgezeigt werden kann?

André Müller  
Barbara Franzen  
Domenik Ledergerber